

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

### **Erfolgreiche Arbeit der Klimaschutzagentur energiekonsens auch weiterhin ermöglichen**

Die Klimaschutzagentur Bremer Energie-Konsens GmbH (energiekonsens) betreibt seit ihrer Gründung 1997 erfolgreich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkarbeit und Weiterbildung für einen effizienteren, sparsameren und klimafreundlicheren Energieeinsatz. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag dazu das Bremer Klimaszutzziel einer 40-prozentigen CO<sub>2</sub>-Einsparung gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

In der Vergangenheit wurde die Finanzierung von energiekonsens aus Spenden der Gesellschafter swb und EWE sowie selbst eingeworbenen Fördermitteln sichergestellt. Das Land Bremen übernimmt laut Beschluss des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 11.7.2014 im Haushalt 2014/2015 einen Zuschuss in Höhe von 1 Mio. Euro pro Jahr. Im Rahmen dieser Förderzusage wurde mit der energiekonsens in einem intensiven Diskussionsprozess die strategische Ausrichtung für die kommenden fünf bis zehn Jahre festgelegt. Danach soll sich die Agentur auf die Themenbereiche „Bau und Stadtentwicklung“, „Unternehmen/Energieeffizienz und Klimaschutz in Unternehmen“ und „Öffentliche Einrichtungen“ (auch als Multiplikatoren, z. B. über Projekte wie ener:kita oder 3/4plus, sowie beim Energie-Contracting) fokussieren.

Die Projekte der energiekonsens entfalten ihre klimaschützende Wirkung erst über einen Zeitraum von mehreren Jahren und müssen langfristig geplant und vorbereitet werden. Darüber hinaus ist für die Akquise von Projektzuschüssen eine gesicherte Grund- oder Kofinanzierung nachzuweisen. Nicht zuletzt ist ein Erhalt des personellen Know-hows der energiekonsens nur mit einer mittelfristigen Beschäftigungsperspektive sicherzustellen. Aus den genannten Gründen erfordert die Arbeit von energiekonsens eine verlässliche, über das Jahr 2015 hinausgehende Finanzierungsperspektive. Zugleich kann die Bürgerschaft zukünftigen Haushaltsverhandlungen nicht vorgreifen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zu einem langfristigen Fortbestand der Bremer Klimaschutzagentur "energiekonsens".
2. Die Bürgerschaft (Landtag) beabsichtigt auf der Grundlage des „Konzepts zur strategischen und wirtschaftlichen Ausrichtung von energiekonsens ab 2015“ (Beschluss der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 3.7.2014) zur Förderung der Klimaschutzagentur Bremer Energie-Konsens den anteiligen Zuschuss aus dem Landeshaushalt von 1 Mio. Euro auch in künftigen Haushalten bereitzustellen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich in Verhandlungen mit den Gesellschaftern swb und EWE für die Fortsetzung des privaten Finanzierungsanteils der energiekonsens einzusetzen.

Dr. Maike Schaefer, Carsten Werner, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner  
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD